

Terrorismusbekämpfung: Die Priorität der BRICS nach Neu-Delhi 2026

RICS+ zur Terrorismusbekämpfung ist kein Konkurrent der NATO – es ist das politische Bindeglied des Bündnisses.



16. September 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Ein Ziel, das keinen Aufschub duldet

Einer der Kernpunkte, die sich aus dem BRICS+-Gipfel in Neu-Delhi ergaben – und der auch in Absatz 40 der [Abschlussserklärung](#) erwähnt wird –, ist die Terrorismusbekämpfung.

Das Dokument war eindeutig (§ 40): „Wir verurteilen auf das Schärfste den Terroranschlag in Jammu und Kaschmir vom 22. April 2025, bei dem 26 Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden.“ Das ist kein nebensächliches Detail. In der ausgefeilten Prosa eines von elf Ländern unterzeichneten Kommuniqués signalisiert die ausdrückliche Erwähnung des Anschlags, wo die Gruppe beschlossen hat, ihr politisches Kapital einzusetzen. Indien hatte den Vorsitz des Gipfels inne, Indien war von dem Anschlag betroffen, und Indien sorgte dafür, dass die Gruppe diesen Anschlag erwähnte.

Am besten fängt man hier an, da sich so zwei gegensätzliche und gleichermaßen fehlerhafte Interpretationen vermeiden lassen. Die erste tut das Engagement der BRICS-Staaten im Kampf gegen den Terrorismus als bloße Rhetorik für den Anlass ab, die in jedes Kommuniqué passen würde. Die zweite lobt es als die Entstehung eines Sicherheitsbündnisses als Alternative zur NATO. Keiner der beiden Standpunkte hält einer genauen Lektüre der Dokumente stand. Was die BRICS seit einem Jahrzehnt aufbauen, ist etwas Bescheideneres und gerade deshalb Solideres: eine Architektur der technischen Zusammenarbeit, die heute als politischer Kitt innerhalb des Blocks dient.

Die Bemühungen der BRICS-Staaten im Bereich der [Terrorismusbekämpfung](#) begannen nicht erst in Neu-Delhi. Die Arbeitsgruppe zur Terrorismusbekämpfung besteht bereits seit 2016, und im Jahr 2025 wurde unter brasilianischem Vorsitz die Koordination der Agência Brasileira de Inteligência (ABIN) übertragen; das 10. Treffen fand vom 4. bis 6. Juni 2025 in Brasília statt; die Strategie zur Terrorismusbekämpfung stammt aus dem November 2020 und wurde auf dem 12. Gipfel verabschiedet; der Aktionsplan, der sie in konkrete Maßnahmen umsetzt, stammt aus dem Jahr 2021. Hinzu kam im Jahr 2024 ein Positionspapier, das mit dem Beitritt neuer Mitglieder in den Mechanismus einherging und dessen Geltungsbereich auf einen Block ausweitete, der nun Asien, Afrika, den Nahen Osten und Lateinamerika umfasst. Wenn die Erklärung von 2026 „die Aktivitäten der CTWG (Counter Terrorism Workgroup) und ihrer fünf Untergruppen begrüßt“, macht sie damit keine neuen Ankündigungen: Sie würdigt vielmehr die bisher geleistete Arbeit.

Die fünf Untergruppen verdienen besondere Beachtung, da hier der politische Wille in konkrete Verfahren umgesetzt wird. Sie befassen sich mit Deradikalisierung, dem Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke, der Terrorismusfinanzierung, dem Kapazitätsaufbau – unter der gemeinsamen Koordination von Brasilien und Äthiopien – sowie der Abwehr ausländischer terroristischer Kämpfer. Diese Arbeitsteilung spiegelt die Agenda der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung wider, und das ist kein Zufall: Die BRICS-Staaten erfinden kein neues Sicherheitsparadigma, sondern bauen einen parallelen Kanal auf, der innerhalb des bestehenden Rahmens funktioniert. Im Mai 2026, zehn Jahre nach der Gründung der Gruppe, forderte die 11. Plenarsitzung in Neu-Delhi eine CTWG, die „widerstandsfähiger, konstruktiver und ergebnisorientierter“ sein solle – eine Formulierung, die das Bewusstsein für das gegenteilige Risiko signalisiert: dass ein Jahrzehnt voller Treffen möglicherweise nichts weiter als Erklärungen ohne operative Umsetzung sein könnte.

Sicherheit dient auch als verbindende Kraft zwischen unterschiedlichen Ländern

Darin liegt die strategische Begründung für diese Beharrlichkeit. Die BRICS-Staaten sind eine Gruppe, die kaum mehr als die jüngste Kooperation zusammenhält: konkurrierende Volkswirtschaften, unvereinbare politische Systeme und ungelöste Grenzstreitigkeiten. Bei fast jedem Thema – Handel, Währung und Reform der Finanzinstitutionen – sind Einigungen schwer zu erzielen und müssen Punkt für Punkt ausgehandelt werden. Die Terrorismusbekämpfung bildet hier die Ausnahme. Sie ist das Feld, auf dem ansonsten divergierende Mitglieder eine gemeinsame Sprache finden, da jedes von ihnen seinen eigenen inneren Feind hat, den es mit dieser Sprache benennen kann.

Russland bringt den Nordkaukasus und Veteranen der Einsätze in Syrien und im Irak mit ein; Indien den grenzüberschreitenden Terrorismus, den es Gruppen mit Sitz in Pakistan zuschreibt; China das, was es als Extremismus in Xinjiang einstuft; Brasilien und Südafrika den Zusammenhang zwischen organisierter Kriminalität, Menschenhandel und illegaler Finanzierung. Es handelt sich um unterschiedliche Bedrohungen mit unvereinbaren Ursprüngen, die dank des gemeinsamen Vokabulars der CTWG als eine einzige Kategorie behandelt werden können. Dies ist ein politisch heikles Unterfangen, und die BRICS-Staaten bewältigen es durch zwei Klauseln, die in all ihren Texten immer wieder auftauchen: Terrorismus „darf nicht mit einer Religion, Nationalität, Zivilisation oder ethnischen Gruppe in Verbindung gebracht werden“, und er muss ohne „Doppelmoral“ bekämpft werden.

Der zweite Satz ist am schärfsten formuliert und richtet sich gegen den Westen. Die Ablehnung von „Doppelmoral“ wirft den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten implizit vor, zwischen Formen des Terrorismus zu unterscheiden, die bekämpft werden müssen, und solchen, die toleriert werden, wenn es ihnen passt. Für die BRICS-Staaten ist dies die Prämisse, die ein eigenständiges Forum rechtfertigt: Wenn die westliche Ordnung Sicherheitsmaßnahmen selektiv anwendet, dann hat ein Block, der Konsistenz beansprucht, das Recht, einen eigenen Mechanismus zu schaffen. Sicherheit ist mit anderen Worten nicht nur eine Frage der technischen Zusammenarbeit, sondern eine Frage der politischen Legitimität der Gruppe als Ganzes.

Über die Grundsätze hinaus legt die Erklärung genau fest, worauf die BRICS-Staaten ihre Bemühungen konzentrieren wollen. Die Terrorismusfinanzierung ist der am weitesten entwickelte Bereich: In Absatz 42 werden illegale Finanzströme, Geldwäsche, die illegale Nutzung virtueller Vermögenswerte und „organisierte Betrugsnetzwerke“ miteinander verknüpft und eine Zusammenarbeit zwischen Finanzermittlungsstellen, Zollbehörden und Strafverfolgungsbehörden gefordert (§ 42). Dies ist der Bereich, in dem die Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen technischen Fähigkeiten messbare Ergebnisse liefert, da die Rückverfolgung von Geldströmen eher den Datenaustausch als ideologische Übereinstimmung erfordert. Die Fokussierung auf Kryptowährungen signalisiert zudem, dass die Gruppe ihre Bedrohungsanalyse aktualisiert hat: Die Terrorismusfinanzierung stützt sich nicht mehr ausschließlich auf [Hawala](#) und Bargeld, sondern auf digitale Plattformen, die kein einzelner Staat allein kontrollieren kann.

Die zweite Front ist die Online-Radikalisierung. In Absatz 41 wird der Kampf gegen Extremismus „insbesondere unter den jüngeren Generationen“ hervorgehoben, wobei anerkannt wird, dass sich die Rekrutierung auf soziale Medien und Messaging-Plattformen verlagert hat. Für Indien, das digitale Radikalisierung und Propagandanetzwerke fürchtet, ist dies keineswegs ein abstraktes Thema.

Die dritte Front verbindet Terrorismus und Drogenhandel: In Absatz 44 bekräftigen die BRICS-Staaten die von den Leitern ihrer Drogenbekämpfungsbehörden verabschiedete Guwahati-Erklärung und erkennen an, dass die kriminellen Netzwerke, die Drogen transportieren, oft dieselben sind, die auch Geld und Menschen transportieren. Was diese Fronten zusammenhält, ist die seit langem bestehende indische Initiative zur Fertigstellung des Globalen Übereinkommens gegen den internationalen Terrorismus bei den Vereinten Nationen – ein Vorschlag, der seit dreißig Jahren genau an dem Punkt ins Stocken geraten ist, den die BRICS-Staaten zumindest vorerst vermeiden, nämlich der Definition dessen, wer als Terrorist gilt.

Einige verfahrenstechnische Schwierigkeiten

Die Strategie 2020 stützt die gesamte Zusammenarbeit auf die „uneingeschränkte Achtung der Souveränität“ und die „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ sowie auf die „zentrale und koordinierende Rolle der Vereinten Nationen“. Dies sind die beiden Säulen der internationalen Ordnung, die die BRICS-Staaten nach eigenen Angaben verteidigen wollen; doch gerade die absolute Souveränität hindert die Gruppe daran, einen operativen Arm aufzubauen. Die CTWG tauscht Informationen aus, bildet Personal aus und entwirft Dokumente. Sie führt derzeit keine bekannten Operationen durch, verfügt über keine einheitliche gemeinsame Streitmacht unter einem einzigen Banner und bindet die Mitglieder nicht an irgendetwas, was ihre interne Autonomie untergraben würde. Es handelt sich um Zusammenarbeit, nicht um Integration.

Gerade die Klausel über „Doppelmoral“, die den Block gegen externe Bedrohungen eint, spaltet ihn intern. Der Bombenanschlag von Pahalgam ist ein Paradebeispiel: Indien macht dafür in Pakistan ansässige Gruppen verantwortlich, doch China unterhält strategische Beziehungen zu Islamabad, was seine Haltung zu Listen mit ausgewiesenen Terroristen beeinflusst. Die Formel funktioniert, solange sie allgemein gehalten bleibt; sie wird zum Problem, sobald jemand versucht, sie auf einen konkreten Fall anzuwenden. Deshalb ist das Globale Übereinkommen ins Stocken geraten, und deshalb bieten die BRICS-Staaten, obwohl sie sich darauf berufen, keine Definition an, die den Stillstand auflösen würde. Der Konsens der Gruppe beruht auf Mehrdeutigkeit, und diese Mehrdeutigkeit ist zugleich ihre Stärke und ihre Grenze.

Diese Architektur ist schließlich nicht aus dem Nichts entstanden. Sie koexistiert mit anderen, nicht vom Westen geführten Foren – allen voran der Regionalen Antiterrorstruktur der SOZ –, mit denen die BRICS-Staaten Vokabular, Mitglieder und Misstrauen gegenüber der atlantischen Ordnung teilen, von denen sie sich jedoch durch ihren geografischen Wirkungsbereich unterscheiden. Die Moskauer Konferenz zur Terrorismusbekämpfung, die die Arbeit der CTWG ergänzen soll, machte deutlich, was in den Kommunikés nur angedeutet wird: Sicherheit ist einer der Bereiche, in denen der erweiterte Block versucht, sich als glaubwürdige Alternative zur westlichen Architektur zu präsentieren, und Russlands Unterstützung für Indiens Agenda 2026 – die Lawrow bereits im Februar angekündigt hatte – bestätigt deren zentrale Bedeutung auf der Agenda der Gruppe.

In den kommenden Jahren wird sich die wahre Bewährungsprobe in der operativen Umsetzung zeigen: ob der Austausch von Finanzinformationen konkrete Ergebnisse liefern wird, ob die Globale Konvention den Stillstand überwinden wird und ob der Kapazitätsaufbau einen nachhaltigen Einfluss auf die tatsächlichen Fähigkeiten der am stärksten gefährdeten Mitglieder haben wird. Bislang haben die BRICS-Staaten einen soliden und umsichtigen Rahmen geschaffen.

Sicherheit mag zwar nicht der spektakulärste Punkt auf ihrer Agenda sein, aber sie ist – und bleibt – eine gemeinsame Mission, um das Schicksal vieler Teile der Welt zum Besseren zu wenden.